

Beispielhafte Kritik an den vorliegenden Bevölkerungs- und
Wohnungsbedarfsprognosen im Land Niedersachsen und im Landkreis
Hameln-Pyrmont

Auszug aus dem Gutachten:

Peter H. Kramer (Büro für angewandte Systemwissenschaften in der
Stadt - und Gemeindeentwicklung):

Bevölkerungs-, und Gemeinbedarfsentwicklung der Stadt
Hessisch Oldendorf von 2016 bis 2035 mit dem Schwerpunkt
Kinderbetreuung und Grundschulentwicklung.

2017 (363 Seiten + Anhang)

Dipl.-Ing. Peter H. Kramer

Büro für angewandte Systemwissenschaften
in der Stadt- und Gemeindeentwicklung
Hermann-Löns-Str. 6 Tel. 0 57 22 - 95 48 470
31707 Bad Eilsen www.kramergutachten.de

Auszug aus dem Kapitel: 1.3 Relevanz der vorliegenden Bevölkerungsprognosen Seite 10 bis 12:

Der Vorausberechnung des LSN folgend¹, soll die Zahl der Einwohner des Landes Niedersachsen von 2011 bis zum Jahr 2030 stetig um etwa 5,5% sinken. Tatsächlich steigt sie an. Die Vorausberechnung schreibt die Bevölkerungsbewegungen eines willkürlich ausgewählten Zeitraumes lediglich fort.

Für den Zeitraum von 2004 bis 2015 wurde für den Landkreis Hameln-Pyrmont ein Bevölkerungsrückgang von 160.469 auf 151.245 Einwohnern prognostiziert (11.KBV). Tatsächlich lag die Zahl der Einwohner des Landkreises Ende 2015 bei 148.281 Einwohnern. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der Einwohner im Landkreis Hameln-Pyrmont aufgrund der Zensusergebnisse nur um etwa 3.000 nach unten korrigiert wurde. Die Berechnungsmethode hat sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert. Noch deutlicher werden die Mängel dieser Bevölkerungsprognose im Fall der Kreisstadt. Hier wurde ein leichter Rückgang auf 58.120 Einwohner im Jahr 2015 prognostiziert. Zuvor wurde noch ein Bevölkerungsanstieg prognostiziert. Wohl auch vor diesem Hintergrund verkündete 1997 der damalige Oberstadtdirektor Lichtenberg dann, Hameln wird auf 65.000 Einwohner anwachsen². „Fachleute“ erklärten dann ein paar Jahre später, dass 60.000 Einwohner ein realistischeres Ziel wären³. Ende 2015 waren es dann tatsächlich 56.529 Einwohner, davon mehrere Hundert Flüchtlinge.

In anderen Landkreisen und größeren Städten sind die Abweichungen allerdings weitaus größer. Der Vergleich zwischen den Städten und den übrigen Gemeinden in den Landkreisen (Restkreis) zeigt vor allem, dass dynamische Entwicklungen wie die zyklischen Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Umland so gar nicht erkannt wurden und stattdessen, die jeweilige zufällige Situation der letzten statistisch erfassten Jahre im Durchschnitt einfach fortgeschrieben wird. Ein markantes Beispiel ist hier der Landkreis Ammerland, dem ein Rückgang prognostiziert wurde und wo tatsächlich aber die Zahl der Einwohner jüngst kräftig anstieg. Es war die wieder einsetzende Rückwanderungswelle der eigenheimbauenden Familien. Viele dieser Umlandgemeinden traf diese Veränderung völlig unvorbereitet. So wurde der Umlandgemeinde Weyhe sogar ein Rückgang des Kinderbetreuungsbedarfes vorhergesagt, tatsächlich stieg er aber durch diese Rückwanderungen weit über die Aufnahmekapazitäten an⁴. Auch neuere Veränderungsprozesse aufgrund sozialer Strukturunterschiede werden in den Prognosen gar nicht erfasst, etwa die Wanderung einkommensschwacher Gruppen von Orten mit steigenden Immobilien- und Mietpreisen in stagnierende bzw. abgewertete Standorte. So stieg die Zahl der Einwohner in der Stadt Delmenhorst tatsächlich an und ging nicht wie prognostiziert weiter stark zurück. In vielen Fällen in Niedersachsen wurden die witterungsbedingten Schwankungen der Saisonarbeitern als Bevölkerungsbewegungen linear fortgeschrieben, die dann in grotesk absurden Prognoseaussagen mündete. Diese Bevölkerungsprognosen dienten dann wieder zur Grundlage für Wohnungsbedarfsprognosen (mit der gleichen Methode erstellt), um u.a. Fördermittel für den „sozialen Wohnungsbau“ in den Zentren zu erwirken. Nach Vorlage der Ergebnisse des Zensus vom Mai 2011 wissen wir, dass insbesondere einige Städte tatsächlich erheblich weniger Einwohner hatten als in der Fortschreibung der Bevölkerungsbewegungen seit 1987 errechnet. Nicht nur die Modellannahmen sind falsch, es wurden auch die bekannten Fehler der (eigenen) Datenerfassung als Bevölkerungsbewegungen fortgeschrieben. Kleinräumig (auf Gemeindeebene) potenzieren sich diese Fehler. Außerdem

1 Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen: Regionale Vorausberechnung der Bevölkerung Niedersachsens bis zum Jahr 2031 siehe auch <http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/pdf/101.pdf> (heute NLS)

2 DeWeZet 28.12.1998 „So soll Hameln bis ins Jahr 2010 auf 65.000 Einwohner wachsen.“

3 DeWeZet 24.06.2002 Hamelns Baulandpolitik war Vorbild. Ist Hameln mit seiner Bauland- und Wirtschaftspolitik noch auf dem richtigen Weg? Dr. Thomas Wünsche sprach mit Dr. Klaus-Peter Möller, Vorstandschef des „Pestel Instituts für Systemforschung (Hannover). Das Institut hat mehrere Hundert „Regionalanalysen“ für Kommunen ... erarbeitet.

4 siehe Weserkurier vom 23.05.2017: „Kita-Plätze in Weyhe ... Eigentlich sollte der derzeit laufende Bau der neuen Einrichtung am Neddernfeld der Gemeinde Weyhe etwas Luft beim Kita-Ausbau verschaffen. Doch falsch gedacht: Das Stadtentwicklungsbüro Forum lag bei seiner Vorhersage zum künftigen Betreuungsbedarf offenbar gewaltig daneben, die inzwischen vorliegenden tatsächlichen Anmeldungen im Kindergarten- und Krippenbereich liegen „deutlich oberhalb der ursprünglichen Prognosezahlen“. Das geht aus der Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kindertagesstätten und Jugend an diesem Mittwoch, 24. Mai, ab 18.30 Uhr im Rathaus hervor.“ Anmerkung: Prognosezeitraum: 1 Jahr.

werden dabei die (politischen) Gestaltungsmöglichkeiten gänzlich missachtet (d.h., die kommunale Selbstverwaltung und „Planungshoheit“ ignoriert). Wenn die Kreisentwicklung auf Basis dieser offensichtlich falschen Prognosen konzipiert wird, sind erhebliche Schäden für das Gemeinwesen unvermeidlich. Es nützt nichts, immer wieder zu behaupten, dass die Bevölkerungsvorausberechnung ja nur auf Annahmen beruhen, die auch nicht stimmen müssen. In der Praxis werden sie von „Fachleuten“ oder in vielen Verwaltungen als nicht zu hinterfragende Tatsachen betrachtet. Die Grundlage für die Standortentscheidungen der Fa. Aldi-Nord ist (nach eigenen Annahmen) u.a. die Bevölkerungsprognose der Bertelsmannstiftung.

Diese Bevölkerungsvorausberechnung bzw. Prognosen sind hier von Interesse, da sie manipulativ politisch Einfluss auf Wahrnehmung und Handlungen von Entscheidungsträgern nehmen und ihr Verhalten zum Nachteil der Bevölkerung so erst erklärbar und nachvollziehbar wird. Eine Analyse der Bevölkerungsbewegungen muss diesen Einflussfaktor bzw. muss diese Prozesse zwingend mit einschließen. Es ist ein unlösbarer Teil des Gesamtsystems. Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung ohne Analyse des Regulationssystems, dazu zählen auch die Prognosen, sind nicht nur wert- und nutzlos, sie schädigen das Gemeinwesen und die Demokratie.

Die Prognosen bzw. Vorausberechnungen sind nachweislich und offensichtlich unzutreffend. Sie sind methodisch bei weitem nicht Stand der Technik. Die Prognosen und Vorausberechnungen werden zur Legitimation und Durchsetzung von Partikularinteressen⁵ instrumentalisiert. Sie dienen zudem der Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse und sie behindern eine politische und wissenschaftliche Diskussion. Systematisch und durchaus mit Vorsatz werden dabei die politischen Gestaltungsmöglichkeiten und Ziele ihrer legitimen Vertreter ignoriert. Somit werden elementare wissenschaftliche Regeln und werden die Grundsätze einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung missachtet. Für eine Entwicklungsplanung (Kinderbetreuungsbedarf, Schulentwicklung, Kreis- oder Stadtentwicklung usw.) sind die Vorausberechnungen der statistischen Landesämter und auch der Bertelsmannstiftung u.ä. nicht geeignet und ihre Anwendung ist im Sinne des Gemeinwohls grob fahrlässig. Sie führen zudem dazu, dass individuelle und möglicherweise auch schwere Probleme einer Kommune nicht rechtzeitig erkannt werden und somit auch nicht effizient und nachhaltig entgegen gesteuert werden kann.

Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklungsplanung, Kommunal- und Landespolitik ist die Kenntnis über die Wirkungszusammenhänge, die ablaufenden Prozesse und der Steuerungsmöglichkeiten und der politische Wille diese Entwicklung zu steuern. Mit der Szenariotechnik und der Computersimulation kann dann die weitere Entwicklung abgeschätzt werden. Dies schließt die Folgenabschätzung neuer Regelungen, Maßnahmen und Eingriffe ein. Dieses Wissen befähigt, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen und zu nutzen. Die weitere Entwicklung eines Landes oder einer Kommune kann so demokratisch, flexibel, präzise und nachhaltig gesteuert werden.

Auch die Bevölkerungszahlen des Passiv- und des Aktiv-Szenarios des Gutachtens „Bevölkerungs-, Gemeinbedarfs- sowie Wohnraum- und Baulandnachfrageentwicklung der Stadt Hessisch Oldendorf von 2003 bis 2020“ von Peter H. Kramer (Büro für angewandte Systemwissenschaften in der Stadt- und Gemeindeentwicklung) weichen nach nunmehr 13 Jahren von der tatsächlichen Entwicklung ab. Die Berechnungen sind im eigentlichen Sinne aber gar nicht „falsch“. Die Stadt Hessisch Oldendorf hat wohl auch in Kenntnis der Aussagen des Gutachtens von 2004 ein anderes Entwicklungskonzept verfolgt. Dem Aktiv-Szenario von 2004 lag das Konzept einer aktiven Vermarktung der Entwicklungspotentiale zugrunde. Stattdessen hat die Stadt Hessisch Oldendorf ein Konsolidierungskonzept verfolgt. Dies entspricht eher dem Passiv-Szenario. Hier gibt es bei den, für den Gemeinbedarf besonders relevanten Kindern nach 13 Jahren kaum Abweichungen. Im Jahr 2016 des Passiv-Szenario sind es rund 155 Geborene, tatsächlich waren es fast genau so viele. Bei den unter 3-Jährigen

5 Auch der in diesem Zusammenhang häufig gebrauchte Begriff des „demographischen Wandels“ ist kein wissenschaftlicher Befund sondern ein politisches Programm. Siehe: Kramer, Peter H.: der demographische Wandel: weniger, bunter, älter? Eine kritische Anmerkung zu der häufig unüberlegt gebrauchten Phrase. 2014

ergab die Computersimulation des Passiv-Szenarios 462 Kinder, Ende 2016 waren es tatsächlich 481. Bei den 3- bis unter 18-Jährigen gibt es gar keine Abweichung. Es gab allerdings auch Abweichungen. Die Simulation ergab 100 mehr 18- bis unter 25-Jährige. D.h., die Abwanderung junger Leute war tatsächlich umfangreicher. 2004 war es aber kaum vorstellbar, dass jahrelang die Abwanderung junger Leute unbeachtet bzw. unbeantwortet bleiben würde. Es wurden auch zu wenige über 75-Jährige errechnet. Ursächlich ist hier vor allem die erheblich fehlerbehaftete „Sterbetafel“ (siehe Seite 44 ff.) und die Realisierung umfangreicher Wohneinrichtungen für Senioren. Auch hier war es 2004 kaum vorstellbar, dass dieser statistische Fehler zu Lasten der übrigen EU-Mitgliedsstaaten sowie der Ausländern in Deutschland jahrzehntelang stillschweigend toleriert wird. An dieser Stelle wird die eigentliche Schwäche der Computersimulation und der Szenarienbildung deutlich. Sie geht davon aus, dass sich die Akteure rational und verantwortungsbewusst im Sinne des Gemeinwesens verhalten.

Auszug aus dem Kapitel: 2.6 Quantitative Abschätzung des Wohnraum- und Baulandnachfragepotentials Seite 164:

Das „Wohnraumversorgungskonzept Landkreis Hameln-Pyrmont (ohne Stadt Hameln)“ der Gewos (ohne Nennung der Autoren und Anschrift) aus dem Jahr 2016 weist schwerwiegende methodische und inhaltliche Fehler auf. Die Analyse der Ausgangslage beschränkt sich auf die Darstellung oberflächlich beobachteter momentaner Phänomene, deren Ursachen weder benannt noch beschrieben werden. Bemerkenswerterweise wird der tatsächliche Wohnungsbestand nur nach quantitativen Merkmalen grob differenziert dargestellt. Lage und Qualität des Wohnungs- und Wohngebäudebestand werden nicht näher betrachtet. Die massive und sehr auffällige Bestandskorrektur im Landkreis Hameln-Pyrmont im Zuge des Zensus 2011 blieb u.a. unbeachtet. Die tatsächliche Situation der Wohnungssuchenden und Wohnraumanbietenden wird gar nicht dargestellt. Es erfolgt eine „Bevölkerungs- und Wohnungsmarktprognose bis 2030“. Die Bevölkerungsprognose basiert auf der willkürlichen Fortschreibung der oberflächlich beobachteten jüngsten Vergangenheit. Auf Basis dieser Bevölkerungsprognose wird dann willkürlich ohne jegliche Darstellung oder Herleitung auf die Entwicklung der Haushalte abgeleitet. Auf dieser Haushaltsprognose wird dann grobschlächtig auf den Wohnungsbedarf geschlossen. Das soll die Situation der „preissensiblen Nachfrage zu preisgünstigen Angeboten“ beschreiben. Dies alles sind unbegründete, willkürliche Annahmen ohne jeglichen Bezug zur Realität und sie sind in einigen Punkten sogar irrational, etwa wenn in der Prognose zugrunde gelegt wird, dass Wanderungen völlig unabhängig vom Wohnraumangebot stattfinden. Es wurde auch gezielt eingegriffen. So wurde u.a. das Jahr 2014 als Bezug ausgeklammert. Tatsächlich kam es 2014 bereits zu umfangreicheren Wanderungsbewegungen als die ersten geburtenstarken Jahrgänge (Kinder der Babyboomer) im Zuge der Familiengründung und Eigenheimbau oder -erwerb zuzogen bzw. zurück wanderten. Durch den Ausschluss des Jahres 2014 kann dieser Prozess verschleiert werden und es konnte der Bedarf nach unten manipuliert werden (in den Gemeinden des Landkreises Hameln-Pyrmont ohne die Kreisstadt Hameln).

Die eigentliche Intension des Auftraggebers war es wohl, die Probleme der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises bei der Wohnungssuche oder auch dem Wohnungseigentum zu untersuchen und daraus dann Lösungsmöglichkeiten erarbeiten zu können. Dazu hätte man aber die Wohnungssuchenden bzw. Wohnraumanbietenden Zielgruppen mit ihrem Verhalten bzw. ihrer Interaktion am Wohnungs- und Immobilienmarkt analysieren müssen. Man hätte also die Marktmechanismen beschreiben müssen. Stattdessen wurden u.a. marktmanipulierende Instrumente (wie den div. Internetportalen) zum Indikator für den Wohnungsmarkt erklärt, ein Ausdruck mangelnder Medienkompetenz. Ergebnisse unabhängiger Stellen wurden hingegen ignoriert (u.a. GAG) wie auch die Fachkenntnisse der Akteure vor Ort. Ebenso hätte man sich zwingend mit der Bausubstanz nach Art und Lage auseinandersetzen müssen. Stattdessen wurden grob unterschieden Massen an normativ gesetzter Wohnungsnachfrage einem ebenso grob unterschiedenen Wohnungsangebot gegenüber gestellt und dann anhand einer simpelsten Plus-Minus-Rechnung ein Bedarf oder ein Überhang ausgerechnet. Hierbei handelt es sich um eine extreme Komplexreduktion bei vollständiger Missachtung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse (was so offensichtlich vermieden werden sollte). Die eigentlichen politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung werden folglich nicht dargestellt. Stattdessen wurden aus diesen willkürlichen Annahmen und Behauptungen „Empfehlungen“ für „die Kommunen“ abgeleitet, allerdings auch nur scheinbar. Tatsächlich haben viele der Empfehlungen gar nichts mit den vorhergehenden Aussagen zu tun. Andere sind Allgemeinsätze, wohl um die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit zu erhöhen oder stammen von anderen, nicht genannten Autoren. Ganz offensichtlich geht es hier um Deutungshoheit (mit welchem Thema und wie setze ich mich damit auseinander) und um gezielte Manipulationen der politischen Meinungs- und Entscheidungsträger (die allerdings nie angesprochen werden). Eine tiefere Analyse, die zahlreiche weitere Fehler und Manipulationen diese „Werkes“ aufzeigen würde, erübrigt sich hier mangels fachlicher Kompetenz und Inhalte.